

"Tele 2", zehn Jahre später: Verlegenheit und Kontroversen rund um den Zugang zu digitalen Daten

Jean Mafart - 15 Sep 2026

Im Jahr 2016 sorgte das "Tele2"-Urteil des EuGH für eine grundlegende Veränderung beim Zugang zu Verbindungsdaten, indem es im Namen des Datenschutzes neue Grenzen setzte. Zehn Jahre später sind die europäischen Staaten nach wie vor tief gespalten darüber, wie individuelle Freiheiten, Sicherheit und die Effizienz von Ermittlungen in Einklang gebracht werden können, was den Zugang zu Daten zu einem zentralen Thema für die europäische Sicherheit macht.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Digitales, Technologie und Weltraum](#) | [Wirtschaft und Finanzen](#) | [Verteidigung und Sicherheit](#) | [Energie und Landwirtschaft](#) |

[Diplomatie und Geopolitik](#) | [Demokratie und Politik](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Der (Not-)Stand der Union

Angesichts geopolitischer Spannungen und der Schwächung traditioneller Bündnisse muss die Europäische Union ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit stärken. Dies bedeutet, die wirtschaftliche, finanzielle und politische Integration zu beschleunigen, ihre Regierungsführung zu modernisieren und besser auf externe Herausforderungen zu reagieren. Es geht darum, Europa in die Lage zu versetzen, sich in einem zunehmend instabilen und wettbewerbsorientierten internationalen Umfeld stärker zu behaupten. [Fortsetzung](#)



NextGenerationEU: Grünes Licht für die Niederlande

Am 7. September hat die Europäische Kommission den vierten Zahlungsantrag der Niederlande in Höhe von 661 Millionen Euro im Rahmen des NextGenerationEU-Programms genehmigt. Bis heute haben die Niederlande 56,4 % ihrer Gesamtmittel in Höhe von 5,44 Milliarden Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten. Die Stiftung bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme, in der die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten dargestellt sind. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Lettland wählt am 3. Oktober: Welche neue Regierungskoalition wird es geben?

Am 3. Oktober wählt Lettland die 100 Abgeordneten seines Parlaments (Saeima) vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der Spannungen mit Russland. Die "Vereinigte Liste" liegt in den Umfragen mit 23,6 % an der Spitze, während "Neue Einheit" bei 8,9 % liegt. Da sieben Parteien die 5-Prozent-Hürde, die für den Einzug ins Parlament erforderlich ist, voraussichtlich überschreiten werden, scheint keine von ihnen in der Lage zu sein, allein zu regieren. Im Wahlkampf stehen Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit Russland im Vordergrund, aber auch die Lebenshaltungskosten, die demografische Zukunft des Landes und die Integration der russischsprachigen Minderheit. [Fortsetzung](#)



Sozialdemokraten und Oppositionsparteien gewinnen die Parlamentswahlen in Schweden knapp

Die schwedischen Parlamentswahlen vom 13. September waren von einem sehr knappen Ergebnis zwischen dem linken und dem rechten Lager geprägt. Nach den noch vorläufigen Ergebnissen liegen die Sozialdemokraten mit 28,1 % der Stimmen und 100 Sitzen an der Spitze, vor den Moderaten (19,9 %) und den Schwedendemokraten (17,6 %). Die Linke würde mit 176 Sitzen knapp die Mehrheit erringen, gegenüber 173 Sitzen für das rechte Lager. Die Bildung der nächsten Regierung ist daher ungewiss und könnte zu langwierigen Verhandlungen führen. [Fortsetzung](#)



Internationaler Weltraumgipfel

Am 9. und 10. September fand in Paris der Internationale Weltraumgipfel statt. Zu diesem Anlass waren fast 120 ausländische Delegationen anwesend. Während der französischen Präsident betonte, dass es notwendig sei, "die europäische Präferenz" voll und ganz zu übernehmen, verwies die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf die Bedeutung von IRIS², einer europäischen Initiative, die darauf abzielt, eine europäische Satellitenkonstellation aufzubauen, um Europa "eine autonome und widerstandsfähige Konnektivitätskapazität" zu verschaffen. Nach Angaben des Élysée-Palasts wurden auf dem Gipfel rund 50 Verträge und Vereinbarungen unterzeichnet, deren Gesamtwert auf etwa 20 Milliarden Euro beziffert wurde. [Fortsetzung](#)



Amazon Leo beauftragt Arianespace mit sechs weiteren Ariane-64-Starts

Am 9. September gaben Arianespace und Amazon Leo die Unterzeichnung eines Vertrags über sechs weitere "Ariane-64"-Starts bekannt. Damit steigt die Gesamtzahl der von Amazon Leo an Arianespace vergebenen Missionen auf 24, gegenüber den ursprünglich in der 2022 unterzeichneten Vereinbarung vorgesehenen 18. Diese neuen Missionen dienen der weiteren Ausbauphase der Amazon-Leo-Konstellation in der erdnahen Umlaufbahn und werden bis 2031 vom europäischen Weltraumbahnhof in Französisch-Guayana aus starten. Der Auftrag für diese sechs zusätzlichen Starts markiert einen bedeutenden Ausbau, der es Arianespace ermöglichen wird, die Anforderungen des kommerziellen Marktes mit den institutionellen Missionen der EU in Einklang zu bringen. [Fortsetzung](#)



Neuer europäischer Rechtsakt zur Innovation

Am 9. September hat die Europäische Kommission einen neuen europäischen Rechtsakt zur Innovation vorgeschlagen, der dazu beitragen soll, dass europäische Innovationen sich weiterentwickeln, finanziert werden und weltweit wettbewerbsfähig sind. Dieser Vorschlag ist Teil der Strategie der Union zur Förderung von Start-ups und Scale-ups sowie ihres Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit. Er zielt insbesondere darauf ab, innovativen Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern und einen gemeinsamen Ansatz für Märkte im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) zu etablieren. [Fortsetzung](#)



Anhebung der Leitzinsen der EZB sowie Wachstums- und Inflationsprognosen

Am 10. September kündigte der EZB-Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) eine Anhebung der drei Leitzinsen der EZB um 25 Basispunkte mit Wirkung zum 16. September an. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde damit auf 2,5 % angehoben, der für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 2,65 % und der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 2,9 %. Die Anhebung wird insbesondere auf die inflationsbedingten Spannungen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten zurückgeführt. Die Inflationsprognose blieb unverändert bei 3 % für 2026, 2,5 % für 2027 und 2,3 % für 2028. Für das Wirtschaftswachstum liegt die Prognose bei 0,9 % im Jahr 2026, 1,4 % im Jahr 2027 und 1,5 % im Jahr 2028. [Fortsetzung](#)



Reform des öffentlichen Auftragswesens

Am 9. September hat die Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag verabschiedet, der darauf abzielt, den europäischen Rahmen für das öffentliche Auftragswesen zu modernisieren und zu vereinfachen, um Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur im Einklang mit den strategischen Prioritäten der Union zu fördern. Dieser Text soll die Vollendung des Binnenmarktes für das öffentliche Auftragswesen ermöglichen, der etwa 15 % des europäischen BIP ausmacht. Die Kommission stützt sich dabei auf vier Hauptschwerpunkte: die Vereinfachung und Klarstellung der Vorschriften, die Einrichtung einer einheitlichen Plattform für das gesamte öffentliche Beschaffungswesen der Union, eine verstärkte Unterstützung von Umwelt-, Sozial- und Innovationszielen sowie mehr Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie. [Fortsetzung](#)

■ Verteidigung und Sicherheit :



Interview zur "vorausschauenden Abschreckung" und zur Beteiligung Finnlands

Angesichts eines zunehmend aggressiven Russlands und der Unsicherheit hinsichtlich der Unterstützung durch die USA ist Frankreich bestrebt, die europäische Dimension seiner nuklearen Abschreckung zu stärken. Die "vorausschauende Abschreckung" beruht auf einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Europäern, wobei die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen weiterhin unter französischer Souveränität bleibt. Es geht auch darum, die europäischen Nuklearstreitkräfte und konventionellen militärischen Fähigkeiten zu bündeln, um die Sicherheit des Kontinents zu stärken. Für Jean-Dominique Giuliani soll diese bereits eingeleitete Zusammenarbeit den Europäern vor allem ermöglichen, Vertrauen aufzubauen und ihre Fähigkeit zu stärken, in Krisen gemeinsam zu handeln. Am 14. September hat nun auch Finnland beschlossen, sich der "vorausschauenden Abschreckung" anzuschließen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Strategische Partnerschaft zwischen Kanada und der Ukraine

Am 10. September kündigte der kanadische Premierminister Mark Carney in Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj eine neue Dimension der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern an. So wird die kanadische Regierung zusätzlich zu den jüngsten Partnerschaften zwischen führenden Unternehmen des ukrainischen und kanadischen Verteidigungssektors im Bereich der Beschaffung und Produktion von Drohnen fast 370 Millionen kanadische Dollar investieren, um die langfristige Sicherheit der Ukraine zu stärken. Sie wird Finanzmittel in Höhe von über 600 Millionen kanadischen Dollar zur Unterstützung der Energiesicherheit und des Wiederaufbaus der Ukraine bereitstellen und zusätzliche Hilfe in Höhe von 6 Millionen kanadischen Dollar leisten, um die Rückführung ukrainischer Kinder zu erleichtern, die von Russland gewaltsam vertrieben wurden. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Energie und Landwirtschaft :



Neuer europäischer Ansatz für den Agrar- und Ernährungssektor

Am 8. September hat die Europäische Kommission eine Mitteilung mit dem Titel "Ein neuer strategischer Ansatz für Forschung und Innovation im Hinblick auf wettbewerbsfähige, widerstandsfähige und nachhaltige Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete und Lebensmittelsysteme" verabschiedet. Ziel ist es, den Agrar- und Ernährungssektor wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger zu machen. Der Ansatz basiert auf zwei miteinander verknüpften Rahmenwerken: AgRI 2040 und Food 2040. Im Mittelpunkt dieses neuen Ansatzes stehen sechs gemeinsame Prioritäten: Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, Nachhaltigkeit, Lebensmittelsicherheit, Gerechtigkeit und globale Zusammenarbeit. [Fortsetzung](#)



REPowerEU

Bericht des Europäischen Rechnungshofs zum REPowerEU-Plan

Am 9. September veröffentlichte der Europäische Rechnungshof einen Bericht zum REPowerEU-Plan. Seit der Verabschiedung dieses Plans im Mai 2022 hat die Europäische Union ihre Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen deutlich verringert. Der Rechnungshof stellt jedoch einen erheblichen Investitionsrückstand fest. Von den zusätzlichen 300 Milliarden Euro, die die Kommission im Jahr 2022 als notwendig erachtet hatte, um die REPowerEU-Ziele bis 2030 zu erreichen, waren im April 2026 lediglich 54,3 Milliarden (18 %) gebunden. Er weist auf unzureichende Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien und grenzüberschreitender Verbindungsleitungen sowie auf eine unzureichende Überwachung und Steuerung der Umsetzung des Plans hin. Er fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Pläne besser zu koordinieren, die Finanzierungslücke zu schließen und die Überwachung der REPowerEU-Ziele zu verstärken. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Diplomatie und Geopolitik :



Neue strategische Vision für die Regionen in äußerster Randlage

Am 10. September hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zu den Regionen in äußerster Randlage der Europäischen Union verabschiedet, zu denen Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, La Réunion, Saint-Martin (Frankreich), die Azoren, Madeira (Portugal) und die Kanarischen Inseln (Spanien) gehören. Darin legt sie eine neue strategische Vision für diese Regionen dar, um deren sozioökonomische Entwicklung anzukurbeln. Begleitet wird die Mitteilung von einem Regulierungspaket, das mehrere Gesetzesvorschläge umfasst, mit denen bestimmte europäische Vorschriften an die Herausforderungen angepasst werden sollen, denen diese Gebiete gegenüberstehen. Vorgesehen sind insbesondere Ausnahmen und Abweichungen in den Bereichen Steuern, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Fischerei und Migration. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Arktis-Gipfel in Finnland

Am 13. und 14. September war Finnland Gastgeber des Arktis-Gipfels in Rovaniemi, an dem Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union teilnahmen. Ziel des Gipfels ist es, die gemeinsame strategische Ausrichtung der Union in der Arktis zu stärken – einer Region, deren geopolitische Bedeutung rasch zunimmt. Angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen wollen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union nun stärker auf Frieden und Sicherheit sowie auf die wirtschaftliche Aktivität in der Region konzentrieren. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Ursula von der Leyen zu Besuch in Grönland

Am 6. und 7. September war die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in Nuuk, Grönland. Nach Gesprächen mit dem grönländischen Ministerpräsidenten Jens-Frederik Nielsen und der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Diese sieht insbesondere eine verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse vor, wie beispielsweise der Entwicklung und dem Aufbau von Infrastruktur, der Konnektivität, kritischen Rohstoffen sowie dem Klimaschutz. Ursula von der Leyen kündigte zudem im Rahmen der Strategie "Global Gateway" ein Partnerschaftsprogramm in Höhe von 200 Millionen Euro für Grönland an. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Westliche Sanktionen gegen in israelischen Siedlungen hergestellte Waren

Am 8. September haben die Außenminister von Kanada, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Island, Irland, Norwegen, Polen, Portugals, des Vereinigten Königreichs und Schwedens beschlossen, auf europäischer Ebene Einfuhrbeschränkungen für Waren aus israelischen Siedlungen im Westjordanland einzuführen und/oder zu verteidigen, da diese nach internationalem Recht als illegal gelten. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die oben genannten Staaten die israelische Regierung auf, jegliche Ausweitung der Siedlungen einzustellen, und bekräftigten ihr Engagement für einen dauerhaften Frieden, der es "Israel und einem souveränen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat ermöglicht, sich gegenseitig anzuerkennen und Seite an Seite in Frieden und Sicherheit innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen zu leben". [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Konferenz der Leiter deutscher diplomatischer Vertretungen

Vom 7. bis 11. September trafen sich die Leiter der deutschen diplomatischen Vertretungen in Berlin zur jährlichen Botschafterkonferenz. Am 10. September hielt Außenminister Johann Wadephul eine Rede über die Wahrnehmung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Ausland. Der NATO-Generalsekretär Mark Rutte nahm an der Konferenz teil – eine Premiere für einen NATO-Chef bei dieser Veranstaltung. Der Minister beauftragte die Botschafter, sich in ihren Gastländern aktiv für eine verstärkte Unterstützung der Ukraine einzusetzen, und erinnerte daran, dass Deutschland mittlerweile der größte bilaterale Unterstützer Kiews ist. In diesem Jahr hat Deutschland 124,7 Milliarden Euro in "harte" Verteidigungskapazitäten investiert, was etwa 2,7 % seines BIP entspricht. Dieser Anteil soll bis 2029 auf mindestens 3,5 % steigen, was mehr als 150 Milliarden Euro entspricht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Demokratie und Politik :



Auflösung des Parlaments

Am 7. September forderte der serbische Ministerpräsident Djuro Macut Präsident Aleksandar Vučić auf, die Nationalversammlung aufzulösen. Am 9. September löste der Präsident die Nationalversammlung auf und ebnete damit den Weg für vorgezogene Parlamentswahlen, die am 25. Oktober stattfinden werden. Seit November 2024 wird das Land von einer breiten Protestbewegung erschüttert, die durch den tödlichen Einsturz eines Vordachs am Bahnhof von Novi Sad im Norden des Landes ausgelöst wurde. Seit diesem Unfall hat sich eine militante Bewegung formiert, die darin das Ergebnis der Korruption sieht, die das Land zerfrisst, während es gerade über seinen Beitritt zur Europäischen Union verhandelt. [Fortsetzung](#)



Besuch des Generalsekretärs des Europarats in Lettland

Am 10. und 11. September führte der Generalsekretär des Europarats, Alain Berset, Gespräche mit dem lettischen Präsidenten Edgars Rinkēvičs, der Außenministerin Baiba Braže und der Präsidentin des Parlaments (Saeima), Daiga Mieriņa. Alain Berset betonte, dass die lettischen Erfahrungen im Kampf gegen hybride Bedrohungen für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Antwort von großem Wert seien. Außerdem nahm er an der Rigaer Konferenz teil, bei der er die Zukunft der Ukraine als eine Säule der europäischen Sicherheit thematisierte. Schließlich besuchte er das NATO-Kompetenzzentrum für strategische Kommunikation, wo die Gespräche sich auf mögliche Synergien zwischen dem Fachwissen der NATO und dem des Europarats konzentrierten. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



PISA-Ranking: In den meisten europäischen Ländern ist die Leistung der Bildungssysteme gesunken

Am 8. September veröffentlichte die OECD die Ergebnisse des PISA-Rankings für 2025: Asien belegt weiterhin die Spitzenplätze, während in den meisten europäischen Ländern ein Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler zu verzeichnen ist. Dennoch schaffen es zwei europäische Länder dank verbesserter Ergebnisse unter die Top 10 weltweit: Estland auf Platz 6 und das Vereinigte Königreich auf Platz 8. Finnland rutscht auf Platz 12 ab, liegt aber weiterhin über dem OECD-Durchschnitt. Auch die skandinavischen Länder, die bisher führende Positionen einnahmen, verzeichnen einen Abwärtstrend. [Fortsetzung](#)

Rückgang der Asylanträge

Am 10. September veröffentlichte die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) einen Bericht, der einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Asylbereich in der Europäischen Union sowie in der Schweiz und in Norwegen gibt. Die Zahl der im ersten Halbjahr 2026 eingegangenen Anträge auf internationalen Schutz belief sich auf 332.000, was einem Rückgang von 17 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Frankreich ist das Land, in dem die meisten Anträge eingegangen sind, gefolgt von Italien, Spanien und Deutschland. Auf diese vier Länder entfallen zusammen etwa drei Viertel der eingegangenen Anträge. Die Anerkennungsquote in erster Instanz lag in den ersten sechs Monaten des Jahres bei weniger als einem Drittel. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Europäische Tage des offenen Denkmals

Der September steht ganz im Zeichen der 43. Ausgabe der Europäischen Tage des offenen Denkmals, die unter zwei Mottos stehen: "Fotografisches Kulturerbe" und "Gefährdetes Kulturerbe: wiederbeleben, widerstehen, neu denken". Die Veranstaltungen finden in den 50 Unterzeichnerstaaten der Europäischen Kulturkonvention statt. Zu diesem Anlass öffnen zahlreiche Stätten ihre Türen für die Öffentlichkeit, darunter Botschaften, historische Denkmäler und Orte, die normalerweise für Besucher geschlossen sind. In England finden sie vom 11. bis 20. September statt, in Deutschland am 13. September, in Frankreich am 19. und 20. September, während Polen die Veranstaltung auf zwei aufeinanderfolgende Wochenenden verteilt, vom 18. bis 20. sowie am 26. und 27. September. In Spanien variieren die Termine je nach Autonomen Gemeinschaft. [Fortsetzung](#)



Wiedereröffnung der Trajansthermen für die Öffentlichkeit

Das Projekt zur Restaurierung und Aufwertung der großen Exedra und der unterirdischen Galerie der am Oppius gelegenen Trajansthermen ist abgeschlossen. Damit sind neue archäologische Bereiche und bedeutende Überreste des kaiserlichen Roms wieder für Besucher zugänglich. Diese dekorativen Elemente stammen aus einem Gebäude, das älter ist als die Trajansthermen und aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. stammt. Seit dem 12. September können kleine Besuchergruppen nach vorheriger Reservierung und Anmeldung zu einer Führung Zugang erhalten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

Die böhmischen Kronjuwelen in Prag

Anlässlich des 500. Jahrestags der Thronbesteigung Ferdinands I. von Habsburg in Böhmen zeigt die Prager Burg bis zum 28. September die böhmischen Kronjuwelen. Die St.-Wenzel-Krone und ihre Juwelen wurden 1347 für die Krönung Karls IV., König von Böhmen und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, angefertigt und gelten als Symbole der tschechischen Identität. [Fortsetzung](#)



shutterstock.com - 2739725159

Maurizio Cattelan in Berlin

Der italienische Künstler Maurizio Cattelan, eine der Leitfiguren der zeitgenössischen Kunst, ist der Preisträger des Nationalgalerie-Preises 2026. Mit der Ausstellung "Night" präsentiert die Neue Nationalgalerie in Berlin die erste große Ausstellung des Künstlers in Deutschland. Der von einer internationalen Jury für diesen Preis ausgewählte Künstler zeigt dort eine Sammlung, die sowohl bedeutende historische Werke als auch neuere Kreationen umfasst. Die Ausstellung läuft bis zum 7. März 2027. [Fortsetzung](#)



Kunstbiennale von Lyon

Vom 19. September bis zum 13. Dezember findet in Lyon die 18. Biennale für zeitgenössische Kunst statt. Unter dem Motto "Von einem Traum zum nächsten" vereint diese neue Ausgabe 119 Künstler aus 42 verschiedenen Ländern. Sie erstreckt sich über mehrere Standorte in der Stadt. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 14-17/09/2026

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)



18/09/2026

Treffen der Eurogruppe (Dublin)



Der Buchstabe n°1167

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 15. September 2026

↓ Ich lade
runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

Catherine d'Angelo, Lauriane Draghi,

Charles Mateos y Lago, Charlotte

Feldmann

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}